

Die Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien von 1905–1909 — ein Dissertationsprojekt

von Charles du Vinage

Die Arbeit stützt sich auf Quellen, die bei einem einjährigen Forschungsaufenthalt in Estland bearbeitet und ausgewertet wurden. Die Quellen umfassen Sitzungsberichte der Baltischen Konstitutionellen Partei, Briefwechsel und Rechenschaftsberichte. Hinzu kommen Zeitungen, die 1905–1907 in den Ostseeprovinzen erschienen. Das Projekt behandelt die Zeit der Revolution von 1905 in Rußland — hier speziell in den Ostseeprovinzen — und des Erlasses des Oktobermanifestes, das wiederum die Gründung von Parteien verursachte. In die folgende innenpolitische Entwicklung Rußlands, die Geschichte eines konstitutionellen Neuanfangs in den ersten drei Dumen und dessen Scheitern ist die Geschichte der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien eingebettet.

Das Thema zerfällt in zwei Fragestellungen: Was sind Mittelparteien und wie entstehen sie? und: Welchem politischen Kurs folgten die Baltischen Konstitutionellen Parteien? — einem Kurs, der sie zwischen die Fronten der gleichzeitig entstehenden nationalen Parteien führte. Hierbei soll die Arbeit die Frage aufgreifen, ob in dem behandelten Zeitraum die Chance der Verständigung zwischen den verschiedenen Ethnien der Ostseeprovinzen bestand.

Das Phänomen der Mittelpartei ist im europäischen Raum seit dem 19. Jahrhundert bekannt. Unter gesellschaftlich jeweils anderen Voraussetzungen — gedacht sei hier an die Mittelpartei des Mährischen Großgrundbesitzes — sind einige gemeinsame Merkmale vorhanden, die es erlauben, Kennzeichen der Mittelpartei festzuhalten:

1. Mittelparteien stellen in ihren Programmen die pragmatische Arbeit in das Zentrum ihrer Arbeit. Hierbei treten ideologische oder extreme Standpunkte in den Hintergrund. Das Ziel der Partei besteht darin, eine möglichst große Anzahl von Personen zur Parteiunterstützung/Wahl zu gewinnen.
2. Mittelparteien sind aus ihrem Selbstverständnis heraus konservativ, d.h. in jedem Falle staatsbejahend. Sie finden sich zur Mitarbeit mit dem Staat und der von ihm eingesetzten Regierung bereit und riskieren dafür bei ihren Wählern den Verlust der Glaubwürdigkeit.
3. Mittelparteien sind ein Phänomen der Ständegesellschaft (vgl. auch das Denken in ständischen Kategorien), das zeitlich mit dem Ende der

Ständegesellschaft zusammenfällt. Mittelparteien scheitern an ihrer Unfähigkeit, ihren ständisch fundierten Anspruch im Umfeld nationaler Parteien durchzusetzen. Sie scheitern auch aus sich heraus, da sie sich zu nationalen Parteien hin entwickeln und damit ihren Anspruch, supranationale Parteien sein zu wollen, ad absurdum führen.

Die Jahre 1905–1909 in Rußland sind durch den Versuch eines konstitutionellen Neuanfangs gekennzeichnet. Ein Versuch, der kurzfristig scheiterte, langfristig gesehen aber den Boden für die Februarrevolution 1917 bereitete. In den Ostseeprovinzen stehen in dieser Zeit soziale und nationale Auseinandersetzungen im Vordergrund, die sich von revolutionären Ausschreitungen bis hin zur Polemik neu entstandener Parteien spannen und die Wittram in seiner „Baltischen Geschichte“ folgendermaßen charakterisiert hat: „Die Revolution von 1905 hat ein doppeltes Gesicht: Sie war eine sozialrevolutionäre Aktion, die jedoch durch ihre volkspolitische Dynamik auch bürgerliche Kreise auf halbem Wege mit sich fortzog.“¹

Auf dem Höhepunkt der Revolution erließ der Zar auf Druck Vittes das sogenannte Oktobermanifest. Gedacht als eine taktische Maßnahme, die revolutionäre Bewegung zu spalten, wurde das Oktobermanifest zur Grundlage eines gelenkten Parlamentarismus. Das Vertrauen der staatsbeherrschenden Bevölkerung war nur durch die Erfüllung der darin gemachten Versprechen wiederzuerlangen. Neben die im Laufe der Revolution faktisch errungene Pressefreiheit trat nun die Bildung von Parteien.

In den Ostseeprovinzen gründeten Esten, Letten, Russen und Juden eigene Parteien. Die Mehrheit des deutschen Bürgertums gründete hingegen multinationale Parteien, die man in das bereits kurz angerissene Schema der Mittelparteien einordnen kann. Diese neu entstandenen Parteien sind aus ihrer Zeit heraus als *liberale* Mittelparteien zu verstehen. Hinter der Macht der Partei stand das vorwärtsdrängende *liberale* Bürgertum. Friedrich Naumann konstatierte 1906: „Das Auferstehen des Liberalismus als politische Macht ist davon abhängig, daß er sich eine gemäßige Organisation schafft, obwohl er (zwischen Sozialismus und Konservatismus stehend) von allen politischen Richtungen am schwersten organisierbar ist.“² Fügt man noch hinzu, daß das Parteibewußtsein auf der Schwelle vom ständischen zum nationalen Selbstverständnis entstand, dann begreift man das Dilemma der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien. Die Probleme,

¹ Reinhard Wittram, *Die Ostseelände Liv-, Est- und Kurland 1180–1918. Umriss und Querschnitte*. München, Berlin 1945, S. 229.

² Zitiert aus: Theodor Schieder, *Staat und Gesellschaft im Wandel unserer Zeit*. München 1958, S. 127.

die sich aus der liberalen Gedankenhaltung ergaben, verschwanden erst, als die Parteitätigkeit bei Kriegsausbruch verboten wurde.

Die Idee zur Parteigründung, und zwar von vornherein zur Gründung multinationaler Parteien, tauchte nach dem Erlaß des Oktobermanifestes an fünf Orten fast gleichzeitig auf. In Libau, Mitau, Riga, Dorpat und Reval berieten daraufhin Glieder der Ritterschaften, Kaufleute und Bürger der Städte, Pastoren, Letten und Esten, wie die gemeinsame Partei auszusehen habe. Richtungsweisend für die Programme aller Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien war das Programm der Rigaer Baltischen Konstitutionellen Partei, die am 27. Oktober 1905 gegründet wurde. Nur in wenigen Punkten wichen die Programme der Liberal-Constitutionellen Partei in Libau, der Monarchisch-Constitutionellen Partei in Kurland (beide Parteien wurden am 5. November 1905 gegründet), der Konstitutionellen Partei in Estland (am 10. November 1905 gegründet) und der Dorpater Baltischen Konstitutionellen Partei (am 28. Oktober 1905 als Ortsgruppe der Rigaer Baltischen Konstitutionellen Partei gegründet) voneinander ab.

Das Zwölf-Punkte-Programm der Rigaer Partei forderte neben der Erfüllung der im Oktobermanifest gemachten Versprechen mehr Selbstverwaltung für die Ostseeprovinzen, und zwar auf den Gebieten Gerichtswesen, Hochschulen und beim freien Gebrauch der Landessprachen in Schule und Verwaltung. Die Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien unterstützten die Vorlage der Ritterschaften nach einer Provinzialreform. Die 1906 in ganz Livland 7800 Mitglieder zählende Partei, in deren Vorstand Glieder der Ritterschaften neben Bürgern der Stadt saßen, hatte Schwierigkeiten, andersnationale Mitglieder für ihre Partei zu werben. Die neu entstandenen lettischen, estnischen und russischen Parteien zeigten sich an einer Zusammenarbeit nicht interessiert. Esten und Letten stellten die Parteien als einen verlängerten Arm der Ritterschaften dar. Für und gegen diese Ansicht spricht eine Reihe von Hinweisen, denen in einer Dissertation nachzugehen sein wird. Wie unabhängig war die Parteipolitik von der Politik der Ritterschaften? Ist eine gegenseitige Beeinflussung nachweisbar? In welchem Verhältnis standen die Parteien zu den neu entstandenen Deutschen Vereinen?

Die Parteien wurden vor den Deutschen Vereinen gegründet. Ihre Mitglieder waren oft auch Mitglieder in den Deutschen Vereinen. Die im Laufe des Jahres 1906 gegründeten Deutschen Vereine waren bis 1908 politisierend tätig. Ihre politische Ausrichtung lief auf eine Abgrenzung gegenüber Esten und Letten hinaus. Ihnen war die „Versöhnungspolitik“ der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien suspekt. Die Jahre 1905–1907 bringen auch einen allmählichen politischen Kurswechsel der Balti-

schen Konstitutionellen Mittelparteien. Inwieweit ist dieser Kurswechsel auf die Einwirkung des nach dem Putsch vom 3. Juni 1907 veränderten parlamentarischen Systems in Rußland zurückzuführen?

Die Darstellung der Parteiengeschichte kann sich nur auf die Quellen stützen, die anlässlich eines Forschungsaufenthaltes in Tartu/Dorpat zu finden waren. Da es zu den Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien keine weiterführenden Darstellungen gibt, steht ein weiterer Aufenthalt im Lettischen Staatsarchiv Riga an. Hier sollen vor allen Dingen die Mitgliederlisten der Parteien aufgespürt und ausgewertet werden, da bis jetzt nur die Mitgliederzahlen bekannt sind. Die Dissertation wird sich nach einer allgemeinen Darstellung der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien auf die Baltische Konstitutionelle Partei in Riga konzentrieren. In Riga befand sich die Parteizentrale der mitgliederstärksten konstitutionellen Mittelpartei. Hier war ein Schnittpunkt deutsch-lettisch-russischer, politischer Interessen. In dieser Stadt wurde nicht nur die politische Ausdifferenzierung der lettischen, sondern auch der deutschen Bevölkerung offenbar. Flankierend zur genaueren Analyse der Baltischen Konstitutionellen Partei sollen mögliche Kooperationspartner unter Letten, Esten und Russen untersucht werden.

Augenfällig ist, daß auf estnischer Seite realistischere Chancen für eine Zusammenarbeit bestanden als auf lettischer Seite. Die Gründe hierfür liegen m.E. in dem Grad revolutionärer Ausschreitung, der in Kur- und Südlivland ungleich höher war und auf beiden Seiten größere Opfer forderte als in Nordlivland und Estland. Die Strafexpeditionen forderten in den lettisch besiedelten Teilen der Ostseeprovinzen mehr Opfer als in den estnisch besiedelten.

Die potentiellen Bündnispartner der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien auf estnischer Seite war die Eesti Rahwameelne Eduerakond (Estnisch-Nationale Fortschrittspartei) unter der Leitung des Dorpater Zeitungsherausgebers Jaan Tõnisson. Auf lettischer Seite fand sich erst nach der Spaltung der Lettischen Konstitutionellen Partei, in der daraus hervorgegangenen Lettischen Reformpartei unter der Leitung des Rigaer Rechtsanwalts Friedrich Groswald, ein möglicher Bündnispartner. Mit Hilfe des neuen Wahlsystems nach dem 3. Juni 1907 und der Unterstützung dieser Partei gelang der Baltischen Konstitutionellen Partei der Einzug in die Dritte Duma. Zwischen der Dorpater Baltischen Konstitutionellen Partei und der Estnisch-Nationalen Fortschrittspartei kam es trotz intensiver Bemühungen der deutschen Seite zu keinem Bündnis. Von einem wirklichen Bündnis kann aber auch nicht im Zusammenhang mit der Lettischen Reformpartei die Rede sein, eher handelt es sich um eine kurzfristige taktische Maßnahme. So liegen auch mehr Materialien über

die deutsch-estnischen Bemühungen vor, ein tragfähiges Wahlbündnis zu schmieden. Die Dissertation wird sich hier zwei Fragestellungen zuzuwenden haben: Wie stand man im jeweiligen estnischen und lettischen Lager einem Bündnis mit den Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien gegenüber? und: Änderte sich die Haltung der estnischen und lettischen Bevölkerung in den Jahren 1905–1909 gegenüber den Deutschbalten?

Die Partei scheiterte in ihrem Bemühen, eine multinationale Partei sein zu wollen. Es gelang ihr nicht, Letten, Esten und Russen in bedeutender Zahl zur Mitarbeit in der Partei zu gewinnen. In der Dritten Duma schloß sie sich der Deutschen Gruppe des Verbandes vom 17. Oktober an, womit sie sich faktisch zur Interessenvertretung der Deutschen Rußlands, nicht aber der anderen in den Ostseeprovinzen lebenden Völker machte. Trotzdem bleibt die Frage, was diese Parteien bewirkt haben. Wenn man diese Frage positiv stellt, so setzt man bereits voraus, es habe greifbare Ergebnisse gegeben. Dies ist eine durchaus gerechtfertigte Behauptung, denn die Tatsache, daß die Deutschen der Ostseeprovinzen Parteien gründeten, die keine Standesparteien waren, war schon eine Besonderheit an sich, die die Hinwendung zur Rolle einer nationalen Minderheit versinnbildlichte. Der politische Horizont, den Angehörige der deutschen bürgerlichen Schicht, wenn sie nicht aus Riga stammten, nur von der Arbeit in ihren Stadtparlamenten besaßen, wurde durch die Parteibildungen immens erweitert und unterschied sich durch das klare Ziel, politische Macht erringen zu wollen, von der bisherigen, auch überregional stattfindenden Vereinsarbeit. Zu fragen wäre auch hier, wieweit die Gründung der Deutschen Vereine auf den politischen Erfahrungen der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien basierte. Ist nicht die Bildung Deutscher Vereine eine Absage an das parlamentarische System überhaupt, legt man die Arbeit der ersten beiden Dumen zugrunde? Ist die Hinwendung zur eigenen Volksgruppe nicht auch ein Resultat einer mißglückten Kooperation aller in den Ostseeprovinzen lebenden Volksgruppen, wie sie die Parteien anstrebten?

Die bisherigen Forschungen lassen den Schluß zu, daß die Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien in den Jahren 1905–1907 eine Katalysatorfunktion besaßen. Sie führten zur politischen Ausdifferenzierung der deutschbaltischen Bevölkerung der Ostseeprovinzen. Sie standen auf der Schwelle vom ständischen zum nationalen Denken. Das „Partei Volk“ waren neben Teilen der Ritterschaften Bürger, die immer entschiedener nach politischer Mitbestimmung drängten, sich aber vorerst noch dem Führungsanspruch der Ritterschaften beugten. Die Parteien können so als der zwiespältige Ausdruck eines Bürgerbewußtseins gesehen werden, das den Führungsanspruch der Ritterschaften mit der Gleichberechtigung aller in

den Ostseeprovinzen lebenden Nationalitäten zu verknüpfen suchte. Daß dieser politische Spagat nicht gelingen konnte, liegt für uns heute Lebende auf der Hand; damals jedoch war dieses Bewußtsein nicht nur unter den Deutschbalten, sondern auch in der älteren Generation der Esten und Letten verbreitet. Bei diesen Völkern war die Revolution und die Parteibildung eine Angelegenheit der jüngeren Generation, jener Schicht des Bildungsbürgertums, das seine Ausbildung in der von den Deutschbalten (von Esten und Letten erst im nachhinein) als „Russifizierung“ bezeichneten Zeit erhielt. Insofern markiert das Jahr 1905 auch einen Generationsumbruch. Mit dieser Generation junger Intellektueller, für die die Abgrenzung von Deutschen grundlegend für die Bildung eigener, nationaler Parteien wurde, verhandelten die Führer der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien. Nach dem Putsch vom 3. Juni 1907 verlagerte sich die politische Auseinandersetzung zunehmend auf das Gebiet der Presse. Mit dem Bedeutungsverlust des parlamentarischen Systems in Rußland überhaupt war auch der Niedergang der Baltischen Konstitutionellen Mittelparteien verknüpft.